



# Jungsein in der Nicht- / Beteiligungsgesellschaft





# Die Beteiligung junger Menschen am 17. Kinder- und Jugendbericht

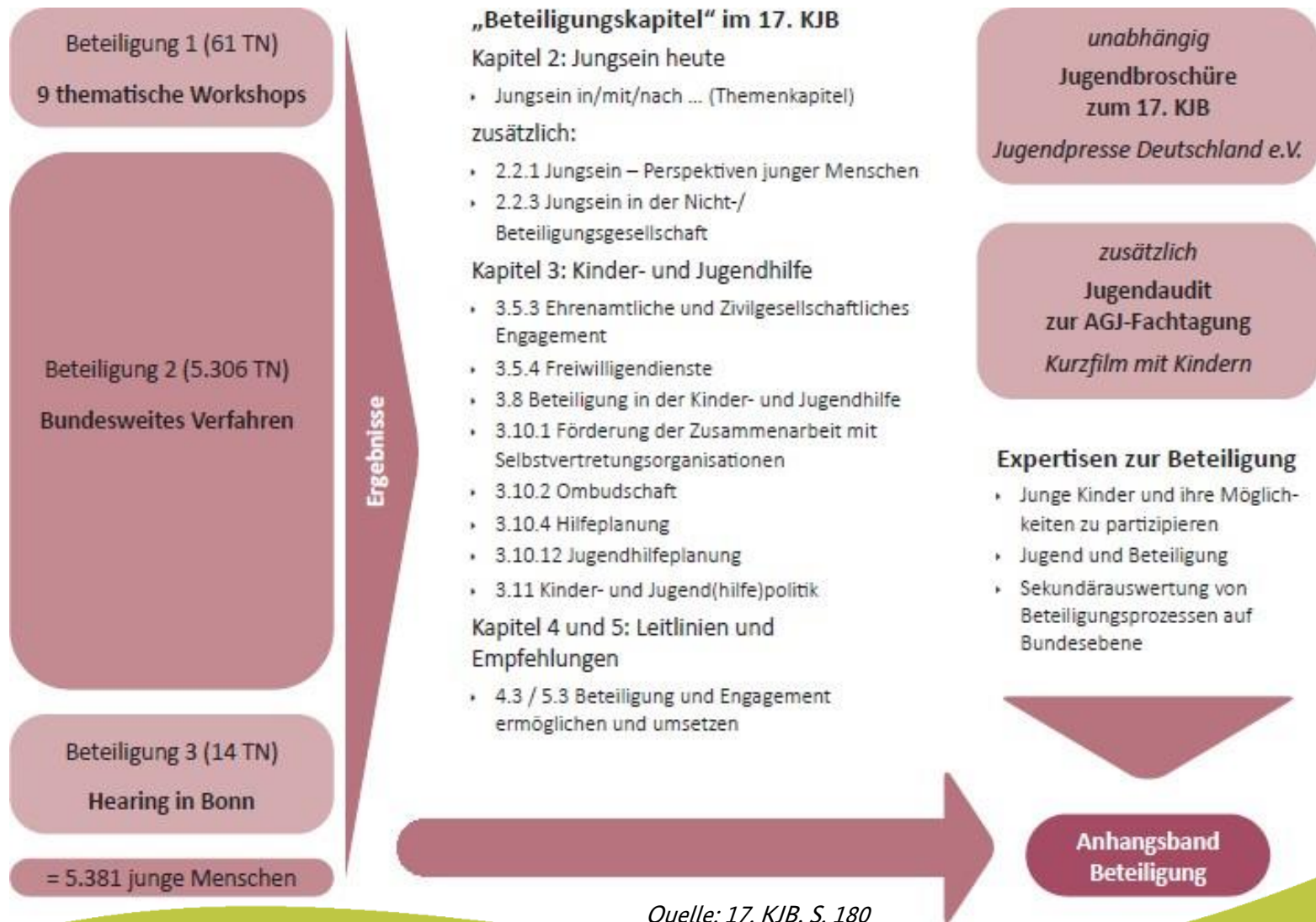
## Beteiligungsprozesse:

- Rund **5.400 junge Menschen** wurden in den Bericht eingebunden.
- Verschiedene Formate, darunter **Workshops**, ein **Hearing** und ein **bundesweites Beteiligungsverfahren** unter dem Motto „Nicht über uns ohne uns!“.

## Themen der jungen Menschen:

- Wichtige Themen: **Familie, Freundschaften, Bildung, psychische Gesundheit, Diskriminierung** (insbesondere in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Diversität), **Flucht und Migration, gesellschaftliche Krisen und Teilhabechancen**.

# Beteiligungsformate und -inhalte

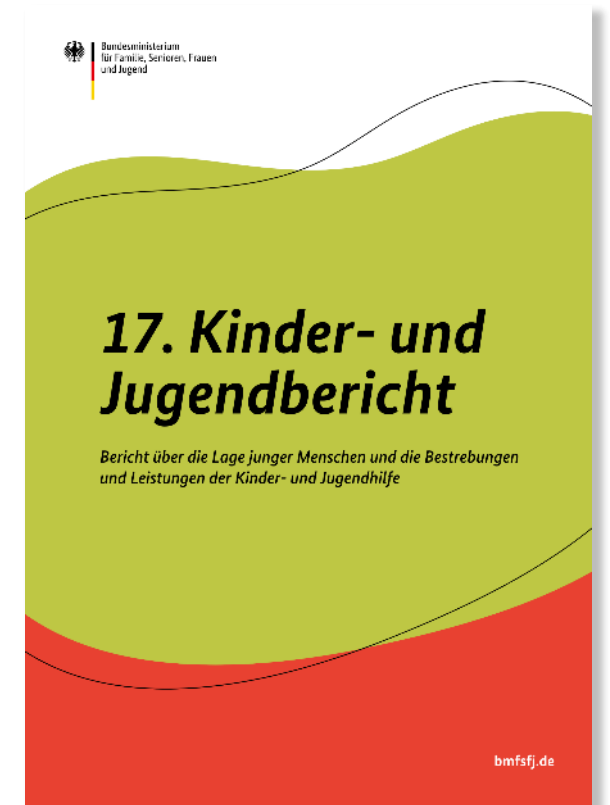


Quelle: 17. KJB, S. 180



# Bedeutung der Ergebnisse und Weiterentwicklung

- **Beteiligung als Korrektiv:**
  - Die Ergebnisse der Beteiligung dienen der Kommission als **Korrektiv** und sind in einem **Berichtsteil** sowie einem **gesonderten Anhangsband** zusammengefasst.
- **Herausforderungen:**
  - Dimensionen (nach L. Lundy 2007) wie **Raum, Stimme, Zuhörerschaft** und **Einfluss** konnten nicht vollständig umgesetzt werden.
- **Ansatzpunkte für die Zukunft:**
  - Erkenntnisse zur Beteiligung bieten Ansatzpunkte für die **Weiterentwicklung** von Beteiligungsprozessen in der **Sozialberichterstattung** und in zukünftigen **Kinder- und Jugendberichten**.





# Definition und Ziele von Beteiligung

- Beteiligung bedeutet die **aktive und selbstbestimmte Mitwirkung** von jungen Menschen an politischen, gesellschaftlichen, kulturellen oder auch wirtschaftlichen Entscheidungen und Prozessen, die ihr Leben betreffen.
- **Ziele:** Junge Menschen als **gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder** stärken, ihre **Entwicklung fördern**, sie in **Entscheidungen einbeziehen** und **Demokratie** sowie **gesellschaftlichen Zusammenhalt** stärken.
- Nicht-Beteiligung als **strukturelles Merkmal des Ausschlusses** von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Entscheidungen.

# 4 Felder der Beteiligung

- 1. Eigenständige Mitwirkung:** Junge Menschen wirken an Themen, die sie betreffen, mit; ihre Interessen und Bedürfnisse werden (vorrangig) berücksichtigt oft mit rechtlicher Grundlage.  
*Beispiele:* Mitbestimmung in Jugendzentren, Beteiligung an Schulentscheidungen, Mitwirkung in Jugendhilfeausschüssen.
- 2. Interessenvertretungen:** Strukturen, in denen die Belange und Interessen junger Menschen direkt oder indirekt über Gremien und Verbände vertreten werden.  
*Beispiele:* Jugendverbände, Kinder- und Jugendparlamente, kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte.
- 3. Freiwilliges Engagement:** Jugendliche bringen sich durch ehrenamtliche Arbeit in ihrem Lebensumfeld ein und gestalten ihre Gemeinschaft aktiv mit.  
*Beispiele:* Übungsleiter:innen in Sportvereinen, Einsatz in der freiwilligen Feuerwehr, Organisation von Umweltaktionen oder Veranstaltungen für junge Menschen.
- 4. Politische Bildung:** Vermittlung von Wissen und Kompetenzen, die für eine aktive und informierte Beteiligung erforderlich sind.  
*Beispiele:* Politische Bildung in Schulen, Workshops zu Demokratie und Engagement, Diskussionsforen zu aktuellen politischen Themen, U16/18-Wahlen.

Ziele:

*Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse junger Menschen an kommunalen Entscheidungen.*

*Interesse junger Menschen an kommunalen Geschehensabläufen und am Gemeinwesen wecken.*

Top-down  
Prinzip  
(extrinsische  
Motivation)



Bottom-up  
Prinzip  
(intrinsische  
Motivation)



**(eigenständige)  
Mitwirkung**

**(politische)  
Bildung**

**Interessenvertretung**

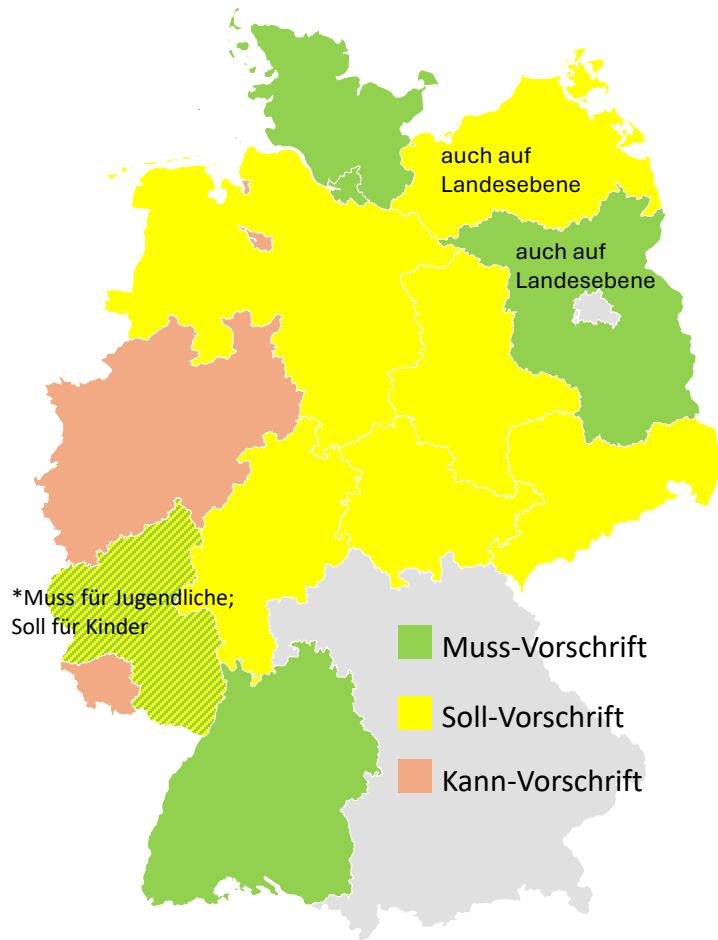
**(ehrenamtliches)  
Engagement**

# Aktueller Status der Nicht-Beteiligung

- **Umsetzung der Kinderrechte:** "Kinderrechte-Index" (DKHW) zeigt einen „föderalen Flickenteppich“ → Ungleichheiten bei den Beteiligungschancen.
- **Unzureichende Umsetzungen und Scheinpartizipation:** Beteiligung oft nur „als symbolisch wahrgenommen“. Formate, die echte Mitbestimmung suggerieren, enden in Entscheidungen ohne spürbaren Einfluss.
- **Strukturelle Hindernisse:** Möglichkeiten regional ungleich verteilt, viele Strukturen bleiben unübersichtlich oder intransparent. Fehlender Zugang zu Entscheidungsträgern und Ressourcen.
- **Geringes Selbstwirksamkeitsgefühl:** 66 % der Jugendlichen bezweifeln Einfluss auf politische Entscheidungen. Nur 50 % sind mit Funktionsweise der Demokratie zufrieden, viele Jugendliche fühlen sich in politischen Prozessen machtlos.
- **Unbekannte und schwer zugängliche Angebote:** Beteiligungsformen wie formale Lokalpolitik und kommunale Strukturen sind vielen Jugendlichen nicht vertraut und werden weniger genutzt als informelle Netzwerke und soziale Bewegungen.
- **Ungleichheit in Beteiligungschancen:** sozioökonomisch schwächeren oder ländlichen Regionen sind häufiger von Nicht-Beteiligung betroffen. Sie haben oft geringeren Zugang zu digitalen Angeboten und sind seltener in Gremien vertreten.
- **Defizite in der politischen Bildung:** Ohne ausreichende Bildung zu demokratischen Prozessen ist die effektive Beteiligung von Jugendlichen eingeschränkt. Fehlende Angebote und Informationslücken wirken als Barrieren für die Teilhabe.
- **Gefühl der Isolation und Frustration:** Die Erwartungen an junge Menschen, Einfluss zu nehmen, stehen in starkem Kontrast zu den Möglichkeiten, die ihnen tatsächlich zur Verfügung stehen. Dies führt zu Frustration und dem Rückzug aus politischen und zivilgesellschaftlichen Prozessen.



# Aktueller Status der Beteiligung



- **Gesellschaftlicher Aufschwung:** Die Beteiligung junger Menschen hat sich in den letzten Jahren verstärkt und ist in der Kinder- und Jugendhilfe, Politik und Zivilgesellschaft zu einem zentralen Thema geworden.
- **Rechtliche Grundlagen:** Die UN-Kinderrechtskonvention (insbesondere Art. 12) und das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) bieten rechtliche Rahmenbedingungen für die Beteiligung. Die Charta der Grundrechte der EU betont ebenfalls das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Mitwirkung.
- **Kommunale und Landesebene:** In 14 Bundesländern sind Beteiligungsrechte in rechtlich verankert, und es gibt viele lokal verankerte Kinder- und Jugendgremien und die Jugendverbände. In einigen Bundesländern sind Muss- und Soll-Vorschriften zur Beteiligung etabliert.
- **Vielfalt der Formate:** Beteiligungsformate umfassen Jugendforen, Kinder- und Jugendparlamente, Online-Beteiligungsplattformen und zivilgesellschaftliche Organisationen (z. B. Fridays for Future). Diese bieten sowohl traditionelle als auch innovative Mitwirkungsmöglichkeiten.
- **Förderprogramme und Projekte:** Bundesweite Projekte und Programme wie „Demokratie leben!“ und die „EU-Jugendstrategie“ unterstützen Jugendpartizipation in verschiedenen Bereichen und schaffen neue Beteiligungsangebote auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene.
- **Wahlrecht für Jugendliche:** Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen in einigen Bundesländern sowie auf EU-Ebene. Bundestag diskutiert weiterhin eine bundesweite Herabsenkung.
- **Bildungs- und Vernetzungsangebote:** Mit Initiativen wie der „Akademie für Kinder- und Jugendparlamente“ stehen Ressourcen zur Verfügung, um Jugendliche in ihren politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu unterstützen und zu stärken



# Partizipation von (jüngeren) Kindern



- **Rechtliche Grundlagen und Verankerung:** Seit 2012 - Beteiligung von Kindern strukturell verankert (§ 45 SGB VIII); KJSG 2021: „geeignete Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde“ für die Betriebserlaubnis.
- **Herausforderungen im Kita-Alltag:** Kinder werden in Kitas nur selten als aktive Mitgestalter ihrer Umwelt wahrgenommen. Partizipation im pädagogischen Alltag ist oft begrenzt und wird teilweise von Fachkräften als zusätzliche Herausforderung gesehen – insbesondere angesichts des Fachkräftemangels. Pädagogische Fachkräfte sind gefordert, die Beteiligung von Kindern trotz dieser Rahmenbedingungen sicherzustellen.
- **Ansätze zur Verbesserung:** Der „Kinderperspektivenansatz“ bietet ein Modell, um Kinder als gleichberechtigte Akteure im Kita-Alltag zu betrachten. Hierbei geht es darum, Fachkräften Werkzeuge zu geben, um partizipative Praxen zu entwickeln, die auf demokratische Werte und Selbstbestimmung ausgerichtet sind. Neun Aspekte demokratischen Alltagshandelns für Kitas: *Einführung demokratischer Strukturen, Demokratische Verfahren gestalten, Themen zu Partizipationsthemen machen, Ermöglichung selbstbestimmten Handelns im Alltag, Transparenz über Strukturen, Verfahren, Inhalte und Handlungsoptionen herstellen, Respektvoll gestaltete Interaktionen, im Spannungsfeld zwischen dem einzelnen Kind und der Kita-Gesellschaft demokratisch agieren, Berücksichtigung emotionaler Aspekte der Demokratie, über Demokratie sprechen.*
- **Projekte und Forschungsinitiativen:** Programme wie das BiKA-Projekt („Beteiligung von Kindern im Kita-Alltag“) erforschen die Umsetzung von Partizipation in Kitas und betonen den Bedarf an verbesserten Beteiligungsstrukturen. Ergebnisse zeigen, dass es wichtig ist, Kindern Zugang zu demokratischer Mitbestimmung zu bieten und dies als festen Bestandteil ihrer frühkindlichen Bildung zu verankern.
- **Langfristige Bedeutung:** Frühe Beteiligungserfahrungen in Kitas können das Selbstbewusstsein und das Gefühl der Selbstwirksamkeit von Kindern fördern. Diese Erfahrungen sind eine wichtige Basis für späteres Engagement und die Fähigkeit, sich in demokratische Prozesse einzubringen

# Interessenvertretung und Selbstorganisation

- **Jugendverbände und Jugendringe:** Traditionelle Strukturen für die Vertretung jugendspezifischer Interessen, geregelt durch §12 Abs. 2 SGB VIII. Bieten Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Anliegen in politischen Gremien zu vertreten.
- **Kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte:** Wachsende Zahl an Beauftragten, die Beteiligungsprozesse koordinieren. Zentrale Anlaufstellen für junge Menschen, um Interessen in kommunale Entscheidungsprozesse einzubringen.
- **Repräsentative Gremien und Dachverbände:** Über 800 Kinder- und Jugendparlamente, -gemeinderäte und -beiräte bundesweit. Vernetzung auf Landesebene durch Dachverbände in sieben Bundesländern und auf Bundesebene, die Austausch und Einflussmöglichkeiten fördern.
- **Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“:** Zielt auf die Stärkung und Professionalisierung von Kinder- und Jugendparlamenten. Bietet Bildungsangebote für Jugendliche in Beteiligungsgremien.
- **Herausforderungen:** Häufig fehlen finanzielle und personelle Ressourcen zur Unterstützung der Gremien (Qualitätsstandards Roth/Stange). Intransparente Strukturen und komplizierte Verfahren führen zu Frustration und Überforderung bei Jugendlichen.
- **Eigenständige Selbstorganisation:** Beispiele wie Careleaver-Gruppen und das Bundesnetzwerk BUNDI der Landesvertretungen aus dem Bereich HzE bieten Plattformen für Jugendliche, um ihre Interessen unabhängig zu vertreten. Besonders wichtig für junge Menschen in besonderen Lebenslagen, wie in der stationären Jugendhilfe.
- **Politische Jugendbewegungen:** Bewegungen wie Fridays for Future und Jugendorganisationen zeigen das Engagement Jugendlicher für gesellschaftliche Themen. Selbstorganisierte Plattformen für politisches Engagement in Bereichen wie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.
- **Selbstorganisation als Empowerment:** Fördert Autonomie und demokratische Kompetenz von Jugendlichen. Selbstorganisation ermöglicht direkte Teilhabe und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, wichtige Grundlagen für weiteres Engagement.



# Digitale Beteiligungsformate

- **Wachstum digitaler Beteiligungsformate:** Pandemie beschleunigte die Entwicklung und Nutzung digitaler Plattformen. Digitale Formate bieten ortsunabhängige und flexible Partizipationsmöglichkeiten, die auch zeitlich einfacher integrierbar sind.
- **Vorteile digitaler Beteiligung:** Niedrigschwelliger Zugang, hohe Reichweite, erleichterte Informationsverbreitung und schnelle Mobilisierung.
- **Beliebte digitale Partizipationsformen:** **Online-Petitionen:** Etwa die Hälfte der Jugendlichen hat sich bereits an Online-Petitionen beteiligt. **Soziale Medien:** Plattformen wie Instagram, TikTok und Twitter ermöglichen schnelle, expressive und interaktive politische Teilhabe. **E-Partizipation und Foren:** Online-Umfragen, Diskussionsforen und Plattformen wie Liquid Democracy oder Open Petition als weitere Formen.
- **Herausforderungen und Grenzen:**
  - **Fehlende Tiefenbeteiligung:** Deliberative Aspekte wie Dialog und Konsensbildung sind online oft weniger ausgeprägt, da expressive Beteiligung dominiert.
  - **Effektivität und Skepsis:** Einige Jugendliche bezweifeln die Effektivität rein digitaler Formate und bevorzugen eine Kombination aus digitalen und analogen Beteiligungsangeboten.
  - **Digital Divide:** Unterschiede im Zugang und der digitalen Kompetenz erschweren die Teilhabe für Jugendliche aus (sozioökonomisch) benachteiligten Gruppen.
- **Zukunft digitaler Beteiligung:** Kombination von digitalen und analogen Formaten wird als ideal angesehen, um Partizipation niedrigschwellig und inklusiv zu gestalten. Digitale Beteiligung hat Potenzial als Einstieg in politisches Engagement und bietet neue Möglichkeiten für Vernetzung und Engagement auf lokaler bis globaler Ebene.



# Engagement und Ehrenamt

- **Hohe Engagementrate:**  
Hohe Engagementrate unter Jugendlichen, besonders in Sport, Bewegung und im sozialen Bereich.
- **Motivation:**  
Viele Jugendliche engagieren sich, um ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten.
- **Einflussfaktoren:**  
Soziale Netzwerke und direkte Ansprache spielen eine wichtige Rolle; sozioökonomische Ungleichheiten beeinflussen die Beteiligung.





# Politische Bildung als Voraussetzung für Beteiligung



- Politische Bildung ist entscheidend für Partizipationsfähigkeit und demokratisches Verständnis (vgl. 16. Kinder- und Jugendbericht).
- Integration politischer Bildung in Schule, Kinder- und Jugendhilfe und kommunale Strukturen fördert langfristige Demokratiekompetenz.
- Eng verbunden mit Beteiligung: Politische Bildung bietet Wissen und Fähigkeiten für effektive Mitbestimmung

# Wahlalter und politische Mitbestimmung

- Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt, jedoch nur in bestimmten Bundesländern. Europawahl ab 16 Jahren.
- Uneinheitliche Regelungen führen zu einem „Flickenteppich“ der Beteiligungsmöglichkeiten.
- Forderung nach Herabsenkung des Wahlalters auf Bundesebene wird weiterhin umstritten diskutiert.





# Herausforderungen und Gelingensbedingungen für Beteiligung

- **Verbindlicher Einfluss:** Junge Menschen benötigen reale Mitbestimmungsmöglichkeiten. Entscheidungen müssen Konsequenzen haben, sodass die Beteiligung junger Menschen spürbare Ergebnisse erzielt.
- **Transparente Strukturen:** Junge Menschen benötigen Einblicke in Entscheidungsprozesse und klare Ansprechpartner:innen. Verwaltung und Politik sollten verständlich kommunizieren, wie Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden.
- **Altersgerechte Unterstützung:** Gerade bei komplexen Themen ist es notwendig, dass junge Menschen Zugang zu altersgerechten Informationen und Unterstützung erhalten. Dies umfasst sowohl pädagogische Begleitung als auch Materialien, die für sie verständlich sind.
- **Ressourcen und Feedbackmechanismen:** Erfolgreiche Beteiligung braucht ausreichend Zeit, finanzielle Mittel und Feedback an die Beteiligten. Es ist wichtig, dass junge Menschen wissen, welchen Einfluss ihre Vorschläge hatten und wie sie weiter genutzt werden.

# Kriterien für gute Beteiligung

- **Eigenständige Mitwirkung:** Klare, rechtlich verankerte Mitbestimmungsrechte, strukturell verankerte Umsetzungsstrategien und eine regelmäßige Einbindung in Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche direkt betreffen.
- **Interessenvertretungen:** Zugängliche und unterstützende Strukturen, die Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihre Anliegen zu vertreten und Einfluss auf Politik und Verwaltung zu nehmen.
- **Freiwilliges Engagement:** Schaffung von barrierefreien Zugängen und Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeiten, die junge Menschen fördern und würdigen.
- **Politische Bildung:** Altersgerechte und praxisnahe Bildungsangebote, die Jugendliche dazu befähigen, politische Prozesse zu verstehen und selbstwirksam zu gestalten.





# Schlussfolgerungen – Perspektiven für eine Beteiligungsgesellschaft

- **Erweitertes Beteiligungsverständnis:** Beteiligung muss umfassend und auf allen gesellschaftlichen Ebenen (strukturell) verankert werden. Neben formalisierten Strukturen sind informelle Beteiligungsformate für eine offene Gesellschaft unverzichtbar.
- **Förderung einer Kultur des Zuhörens:** Erfolgreiche Beteiligung erfordert, dass Erwachsene und Entscheidungsträger:innen jungen Menschen zuhören, ihre Perspektiven wertschätzen und berücksichtigen.
- **Stärkung der politischen Bildung:** Politische Bildung ist die Grundlage für langfristige Demokratiekompetenz und Partizipationsfähigkeit. Bildungseinrichtungen und Jugendarbeit müssen dies unterstützen.
- **Ressourcen und Nachhaltigkeit:** Für eine dauerhafte Beteiligungskultur braucht es eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung sowie die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Partizipationsmöglichkeiten.
- **Verbindlichkeit und Transparenz:** Beteiligung ist nur dann erfolgreich, wenn Ergebnisse erkennbar sind und Jugendliche spüren, dass ihre Stimme ernst genommen wird.

# Zusammenfassung: Jungsein in der Nicht- / Beteiligungsgesellschaft

- **Notwendigkeit zur stärkeren Einbeziehung** junger Menschen in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse
- Vielzahl von **Beteiligungsmöglichkeiten** und **rechtliche Grundlagen** (u.a. UN KRK, SGB VIII, BauG, verbindliche kommunale Regelungen in 14 Bundesländern)
- **signifikantes Maß an Nicht-Beteiligung**, oft bedingt durch **strukturelle Barrieren**.
- Junge Menschen selbst zeigen ein **großes Interesse an politischen Themen**, fühlen sich aber oft **unzureichend einbezogen und gehört**, was ihre Skepsis gegenüber dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland verstärkt.
- **Fortschritt in der praktischen Umsetzung** der Beteiligungsrechte zeigt sich in den Anstrengungen der Bundes- und Landespolitik sowie in den Kommunen.
- Trotz dieser Fortschritte bestehen Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf die **Gleichheit der Beteiligungschancen**.

Verankerung von **Kinderrechten im Grundgesetz** und die **Sicherstellung notwendiger Ressourcen** sind entscheidende Schritte, die noch ausstehen. Die erfolgreiche Beteiligung junger Menschen erfordert daher eine konsequente Weiterentwicklung und **strukturelle Verankerung** von Partizipationsmöglichkeiten.

# Kontakt

## Prof. Dr. Karin Böllert

Universität Münster  
Institut für Erziehungswissenschaften

Georgskommende 33  
48143 Münster

<https://www.uni-muenster.de/EW/personen/boellert.shtml>

[kaboe@uni-muenster.de](mailto:kaboe@uni-muenster.de)

## Dominik Ringler

Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung  
Brandenburg

Tornowstr. 48  
14473 Potsdam

[www.jugendbeteiligung-brandenburg.de](http://www.jugendbeteiligung-brandenburg.de)

0177-6856330

[dominik.ringler@kijubb.de](mailto:dominik.ringler@kijubb.de)

<https://www.linkedin.com/in/dominik-ringler/>

*Impressum: Sachverständigenkommission 17. KJB, Nutzung und Verbreitung nur nach Rücksprache mit der Kommission.*

*Bilder und Grafiken: Soweit nicht anders vermerkt, sind die Grafiken dem 17. KJB entnommen, illustrierende Fotos wurden mit Hilfe einer KI erstellt.*